

NACHRICHTEN

Investoren für neues Zentrum

MALTERS red. Malters hat Investoren für das geplante neue Dorfzentrum gefunden. Die Basellandschaftliche Pensionskasse und die Marti Gruppe kaufen die Liegenschaften im Gebiet Zentrum-Bahnhof-Weihermatte und realisieren dort die neue Zentrumsüberbauung. Geplant ist ein 90-Millionen-Projekt mit über 200 Wohnungen, Gewerbefläche und einem neuen Dorfplatz.

Kioskbesitzer stirbt bei Brand

LUZERN chh. In der Nacht auf gestern brannte an der Hirschmattstrasse 28 in der Stadt Luzern ein Kiosk nahezu vollständig ab. «Eine Person bemerkte die Rauchentwicklung und informierte per Handy um 0.37 Uhr die Feuermeldestelle», sagt Kurt Graf, Mediensprecher der Luzerner Polizei, auf Anfrage.

Keine Hinweise auf Verbrechen

Das Löschpikett der Luzerner Polizei und die Feuerwehr der Stadt Luzern fanden im Innern des Kiosks den Betreiber reglos liegen. Er wurde geborgen und der Rettungsdienst alarmiert. Trotz sofortiger Reanimation starb der 45-jährige Schweizer vor Ort, wie Graf sagt. «Wir gehen davon aus, dass er an einer Rauchvergiftung starb.»

Die Brandursache ist gemäss Luzerner Polizei noch ungeklärt und Gegenstand der laufenden Ermittlungen. Dritteinwirkung werde zum jetzigen Zeitpunkt ausgeschlossen. Laut Graf deutete auch nichts auf einen Einbruch oder ein sonstiges Verbrechen hin. Was der Mann kurz nach Mitternacht in seinem Kiosk wollte, ist unklar.

Anwohner wurden evakuiert

Zusätzlich zum Schaden am Kiosk entstand in den darüber liegenden Wohnungen «leichter Sachschaden», wie die Polizei in einer Medienmitteilung schreibt. Wie hoch dieser ist, ist noch unklar. Weitere Personen wurden nicht verletzt. Jedoch mussten fünf Anwohner vorsorglich evakuiert werden. Sie konnten kurze Zeit später in ihre Wohnungen zurückkehren.

Insgesamt standen in der Brandnacht 60 Feuerwehrleute im Einsatz. Die Hirschmattstrasse musste zwischen 1 Uhr und 3 Uhr für sämtlichen Verkehr gesperrt werden.

Die Parkhaus-Frage polarisiert

LUZERN Metro oder Parkhaus Musegg: Was die Lösung für das Luzerner Verkehrsproblem sein könnte, ist bei den politischen Parteien umstritten.

HUGO BISCHOF
hugo.bischof@luzernerzeitung.ch

Ein unterirdisches Parkhaus unter dem Musegghügel mit 672 Auto- und 27 Carparkplätzen: Diese aus den 1980er-Jahren stammende Idee wird neu lanciert (gestrige Ausgabe). Ebenfalls auf privater Initiative fusst das im Sommer vorgestellte Parkhaus-Neubauprojekt im Ibach mit 3500 Auto- und 80 Carparkplätzen sowie einer 2 Kilometer langen Metro zum Schwanenplatz. Wir befragten die politischen Parteien dazu.

«In fünf Minuten in der Altstadt»

Die Idee eines Parkhauses Musegg wurde damals, vor bald 30 Jahren, von der CVP lanciert. Kein Wunder, dass diese Partei dafür auch heute am meisten Sympathie hegt. **CVP-Grossstadtrat Markus Mächler** betont: «Der Vorteil ist, dass die Parkhaus-Besucher in fünf Minuten mitten in der Altstadt sind.» Eine 100 Meter lange Fussgänger-Pas-

sage führt vom Parkhaus zur Grabenstrasse, der Ausgang befindet sich neben dem Café Heini (siehe Visualisierung).

Als «grundsätzlich gut» erachtet die Idee eines Parkhauses Musegg auch **FDP-Fraktionschefin Sonja Döbeli Stirnemann**: «Ein- und Ausfahrt liegen bei einer Autobahnausfahrt. Der Schwanenplatz und die Achse Seebücke-Schweizerhofquai werden vom Verkehr

müsste man «nach dem Parkieren in ein weiteres Verkehrsmittel, eben eine Metro, umsteigen – ein klarer Nachteil».

Ein Problem beim Parkhaus Musegg sehen sowohl Döbeli als auch Mächler beim grösseren Verkehrsaufkommen im Bereich Geissmattbrücke/Baselstrasse. Mächler: «Hier muss man noch weitere Überlegungen anstellen.»

Skepsis zu Tunnelsystemen in Stadt

Grosse Bedenken zum Parkhaus Musegg äussert **GLP-Fraktionschef Andrés Özvegyi**: «Ich bin sehr skeptisch zu Tunnelsystemen für den motorisierten Individualverkehr mitten in der Stadt und zu Projekten aus dem letzten Jahrtausend, die schon damals als unrealistisch verworfen wurden.» Özvegyi bevorzugt das Metro-Projekt: «Es entlastet die Stadt besser vom Verkehr; Menschen müssen sich weniger lang im Untergrund aufhalten; und es ist unabhängiger von laufenden Planungen wie Gesamtverkehrskonzepten und Bypass.»

«Für uns sind beide Projekte keine Option», sagt **Korintha Bärtsch, Fraktionschefin der Grünen**. «Wir sind gegen neue Parkhäuser in der Stadt», sagt sie. «Es gibt am Kasernenplatz schon ein Parkhaus, und schon dieses ist schlecht ausgelastet.»

Auch **SP/Juso-Fraktionschef Nico van der Heiden** beurteilt beide Projekte «sehr skeptisch». Er betont: «Es gilt

das Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität. Dieses wurde vom Stimmvolk genehmigt und lässt keinen Mehrverkehr beim motorisierten Individualverkehr zu.» Allenfalls prüfenswert wäre ein neues Parkhaus nur, «wenn mindestens im gleichen Umfang oberirdische Parkplätze an anderen Standorten aufgehoben würden».

SVP-Fraktionschef Marcel Lingg ist als Mitglied im Metro-Beirat zwar befangen. Unabhängig davon sehe er beim Metro-Projekt klare Vorteile, betont er: «Der Verkehr wird direkt bei der Quelle an der Autobahn Emmen Nord in den neuen Parkraum geführt. Das Musegg-Projekt hingegen wird zu einer klaren Verkehrszunahme in den Bereichen Sedel/Spitalstrasse oder Seetalplatz/Kreuzstutz führen.»

Parkhaus Musegg «realistischer»

Jörg Baumann, Marketingdirektor der Uhren- und Schmuckfirma Bucherer, hingegen sieht das Parkhaus Musegg als «ein aus heutiger Sicht wirklich interessantes Projekt – der rasche Zugang zur Altstadt ist ein Vorteil für Touristen und Einheimische». Auch was die Kosten betrifft, sei das Parkhaus Musegg «realistischer», sagt Baumann. Beim Parkhaus Musegg sind die Investitionskosten auf maximal 150 Millionen Franken veranschlagt, beim Metro-Projekt auf 400 Millionen Franken.



«Für uns sind beide Projekte keine Option.»

KORINTHA BÄRTSCH,
FRAKTIONSCHIEFIN GRÜNE

entlastet.» Die Ein- und Wegfahrtpforte zum Parkhaus Musegg würde neben dem Restaurant Reussbad in den Berg führen. Auch Döbeli betont den raschen Zugang zur Altstadt. Beim Metro-Projekt



Links vom Café Heini am Falkenplatz in Luzern sollen die Parkhausbesucher den Musegghügel verlassen.

Visualisierung EWP Bucher Dillier

Geht Rechnung auf?

KOSTEN hb. 150 Millionen Franken soll der Bau des Musegg-Parkhauses kosten. Die Investoren sind noch nicht namentlich bekannt. Es könnte sich um Pensionskassen und Parkhausgesellschaften handeln. Wird die Rechnung für sie aufgehen? «Wir gehen von einer durchschnittlichen Parkhausbelegung von 30 bis 40 Prozent aus», sagt Pius Portmann, Chef des Ingenieurunternehmens EWP Dillier Bucher AG, die das Projekt Parkhaus Musegg lancierte. Bei einem Stundentarif von 2.50 Franken für Autos und mindestens 5 Franken für Cars würde – grob geschätzt – ein Jahresertrag von rund 5 Millionen Franken resultieren.

Nach 50 Jahren amortisiert

«Wir rechnen mit jährlichen Unterhaltskosten von einer halben bis einer Million Franken», sagt Portmann. «Dazu dürfte nach 25 Jahren ein zusätzlicher Renovationsaufwand von 10 Millionen Franken kommen.» Somit ist klar: Spätestens nach 50 Jahren dürften die Investitionskosten amortisiert sein.

Der Gemeinderat darf seine Finanzkompetenz behalten

KRIENS Trotz deutlicher Kritik: Das Parlament stützt die Finanzkompetenz der Exekutive nicht – zumindest vorläufig.

Es ist paradox: Der Vorstoss von Beat Tanner namens der FDP-Fraktion stiess gestern im Krienser Einwohnerrat zwar auf viel Sympathie weit über die Parteigrenzen hinaus. Bei der Schlussabstimmung aber scheiterte die FDP grandios. Nur 7 Politiker stellten sich hinter sie, 23 lehnten ihren Vorstoss ab, einer enthielt sich.

Nur 1 statt 3,6 Millionen Franken

Die FDP wollte die Finanzkompetenz des Gemeinderates für frei bestimmbare Ausgaben massiv reduzieren. Von heute rund 3,6 Millionen Franken (immer eine Zehnteileinheit der Gemeindesteuern) auf neu 1 Million Franken. Die Anpassung der Finanzkompetenz hätte eine Änderung der Gemeindeordnung nötig gemacht. Und genau dies war für die meisten Parlamentarier samt dem Gemeinderat zu viel des Guten.

Denn die aktuelle Gemeindeordnung wurde erst 2008 in Kraft gesetzt – nach einem langen und sehr aufwendigen

Prozess. «Obwohl wir Sympathien für den Vorstoss haben, hat dieser schlicht nicht das nötige Gewicht, um nun schon wieder die Gemeindeordnung zu revidieren», sagte stellvertretend für viele Erich Tschümperlin (Grüne).

Zwei Projekte sorgten für Unmut

Motionär Beat Tanner beschwor die Anwesenden vergeblich, seinem Vorstoss zuzustimmen. Er erwähnte insbesondere zwei Projekte, die seiner



Einwohnerrat
Kriens

Meinung nach exemplarisch zeigten, warum dem Gemeinderat die Finanzkompetenz gekürzt werden sollte. Zum einen der Unmut über das Informatik-Projekt Sidok, zum anderen die Sanierung des Schulhauses Gabeldingen (unsere Zeitung berichtete). Beide Projekte seien vom Gemeinderat durch Zerstückelung verschiedener Ausgabenposten unter die Limite von 3,6 Millionen gedrückt und somit am Parlament vorbeigeschleust worden. «Falls unsere Motion angenommen wird, wird das nicht mehr so leicht möglich sein. Wir, das Parlament, erhalten mehr Einfluss

sowohl in der Investitionsrechnung als auch beim Budget», sagte Tanner.

Chancenlos war Tanners Vorstoss nicht zuletzt, weil sich gestern auch Gemeinderat Paul Winiker dagegen ins Zeug legte. Interessanterweise stützte er sich dabei nicht auf die Gemeindeordnung. Vielmehr erwähnte er ein Argument, von dem in der Antwort des Gemeinderates auf die Motion Tanner kein Wort steht. «Jetzt läuft auf kantonaler Ebene die Arbeit an einem neuen Gesetz über Steuerung und Finanzen der Gemeinden.» Dies werde weitreichende Auswirkungen auf die Gemeinde haben und 2017 abgeschlossen sein. «Nun gleichzeitig unsere Gemeindeordnung in einem solchen Bereich anzupassen, ist nicht sinnvoll.»

«Sensibilisierung fand statt»

Das sah auch Rolf Schmid namens der Fraktion CVP/JCVP/GLP so: «Die Beweggründe der Motion sind nachvollziehbar. Beim Sidok-Projekt etwa fehlte es an Transparenz seitens des Gemeinderates.» Aber jetzt sei der falsche Zeitpunkt für ein solches Vorhaben. Yannik Kloter (SP/Juso) fügte hinzu: «Beim Gemeinderat hat in letzter Zeit eine Sensibilisierung stattgefunden. Wir sind deshalb vorerst gegen eine Kürzung seiner Finanzkompetenz.»

LUCA WOLF
luca.wolf@luzernerzeitung.ch

UND SONST

Sozialhilfe soll gesenkt werden

Die Gemeinde Kriens weist nach der Gemeinde Emmen die zweithöchste Sozialhilfequote im ganzen Kanton Luzern auf. Der Gemeinderat muss auf Antrag von **Alex Hahn** (FDP) nun aufzeigen, wie diese Quote gesenkt werden könnte. Der Einwohnerrat überweist das entsprechende Postulat diskussionslos.

Kritik am Verband für Gemeinden

Die Gemeinde Kriens tritt noch nicht aus dem Verband der Luzerner Gemeinden (VLG) aus. Das Parlament lehnt eine entsprechende Motion von **Bruno Bienz** (Grüne) ab. Jedoch überweist es die Motion als Postulat. Auch ein gleichlautendes Postulat von **Peter Portmann** (SVP) wird überwiesen. Der Gemeinderat muss nun bis im Frühling mit dem VLG Verbesserungen aushandeln. Gelingt dies nicht, will er einen Austritt prüfen.

Sozialhilfe-Regeln werden beibehalten

Die Gemeinde Kriens muss nicht aus der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) austreten. Das Parlament lehnt einen Vorstoss von **Peter Portmann** (SVP) ab. Die Skos-Richtlinien sind laut Gemeinderat und einer Mehrheit des Einwohnerrates ein taugliches und bewährtes Instrument für die Bemessung der Sozialhilfe.

Parlament wird nicht verkleinert

Das 36-köpfige Krienser Parlament wird nicht auf 30 Sitze verkleinert, wie es **Thomas Lammer** namens der FDP in einem Vorstoss verlangte. Die grosse Mehrheit des Einwohnerrates ist der Meinung, dass die bestehende, erst 2007 aufgestockte Grösse gut funktioniert. Gegen eine Verkleinerung hielten vor allem Vertreter der Jungparteien Juso, Junge Grüne, JCVP sowie des jungen GLP-Vertreters flammende Voten.

LW